



## **Antrag**

der Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Reinhold Strobl SPD**

### **Einführung einer Unternehmens-Quellensteuer auf Zinsen und Lizenzgebühren**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für die Einführung einer Unternehmens-Quellensteuer auf Zinsen und Lizenzgebühren einzusetzen.

#### **Begründung:**

Durch die Veröffentlichung der Panama- und Paradise-Papers wurde deutlich, dass es inzwischen viele international tätige Firmen gibt, die durch verschiedene zum Teil leider sogar legale Maßnahmen ihre Gewinne, ohne Steuern zu zahlen, ins Ausland transferieren. Ein wichtiges Konstrukt ist dabei die Zahlung von hohen Darlehenszinsen an die ausländische Mutter- oder Tochterfirmen und hohen Lizenzgebühren der deutschen Tochtergesellschaft an den Mutterkonzern, dessen Sitz dann häufig in einem Land ist, in dem Gewinne generell, Lizenz-einnahmen im Besonderen, nicht oder kaum besteuert werden.

Durch diese Praxis entgehen dem Staat Milliarden an Steuereinnahmen, die er für verschiedenste Investitionen nutzen könnte. Umso notwendiger wäre es, ein Instrument in der Hand zu haben, das diese Art von aggressiver Steuervermeidung unterbindet. Eine Unternehmens-Quellensteuer auf Zinsen und Lizenzgebühren an ausländische Partner würde genau diese Vorteile bringen, ohne dass die Gefahr besteht, dass Arbeitsplätze durch Firmensitzverlagerung ins Ausland verlagert werden.

Die Staatsregierung muss hier über den Bundesrat aktiv auf die Steuergesetzgebung einwirken und ein mit den EU-Richtlinien konformes System einzuführen, um das Steuersystem in Deutschland wieder gerechter zu gestalten, in dem Sinne, dass die schwachen Schultern weniger und die starken Schultern mehr beitragen sollen.